Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim., Universitätsstr. 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut ausl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 11. Sonnabend den 11. Januar 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 12. Januar,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 11 der Ortsstatute, die Vereinigung der Landgemeinden Volkmarsdorf, Neustadt, Neuschönefeld, Sellerhausen, Neureudnitz, Thonberg, Gohlis und Eutritzsch mit der Stadt Leipzig betr., Leiden vom 1. Januar d. J. an auch die nachstehenden, allhier bereits giltigen Bestimmungen auf das neu hinzugetretene Stadtgebiet Anwendung:

1) Die Ausführung der Privatschleußen außerhalb der Privatgrundstücke auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie die Einführung derselben in die Hauptschleußen hat lediglich durch den Rath auf Kosten der betr. Grundstücksbesitzer zu geschehen, und zwar gilt dies sowohl von den zur Abführung der Küchen-, Wirthschaftswässer u. dergl., als auch von den zur Ableitung der Trauf- oder Fallrohrwässer unter den Fußwegen hinweg dienenden Beischleußen;
2) vor der Ausführung hat der betr. Grundstücksbesitzer die veranschlagten Bauschkosten einzuzahlen;
3) die Ableitung der Trauf- oder Fallrohrwässer unter dem Straßenkörper in die Hauptschleußen mittelst besonderer Beischleußen muß bei Vornahme von Neubauten und Umbauten, vor jeder Neulegung oder Umlegung von Granit-Trottoirplatten, bei Erbauung bez. Wiederherstellung von Hauptschleußen und Beischleußen und endlich vor Neupflasterung oder Umpflasterung von Straßen und Straßentracten erfolgen und ist deshalb bei uns rechtzeitig Antrag zu stellen;
4) Säumige oder Zuwiderhandelnde werden mit einer Geldbuße bis zu 60 ℳ oder entsprechender Haft bestraft, und haben außerdem zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten von Amtswegen die obigen Herstellungen ausgeführt, bez. eigenmächtig ausgeführte Anlagen nach Befinden wieder beseitigt werden.

Leipzig, am 2. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rüling.

Bekanntmachung.

Im Anschlusse an die Bekanntmachung vom 28. December 1889, betr. die Einführung der Begräbniß- und Friedhofsordnung für die Stadt Leipzig in den am 1. Januar 1890 einverleibten Vororten, wird hierdurch weiter bekannt gemacht, daß die Stadttheile Leipzig-Thonberg, -Neureudnitz, -Sellerhausen, -Volkmarsdorf, -Neuschönefeld und -Neustadt bezüglich der Leichenschau mit den Stadttheilen Leipzig-Reudnitz und Anger-Crottendorf zu dem **„IX. Leichenschaubezirk (Leipzig-Reudnitz)"** vereinigt worden sind, und daß als **Leichenschauarzt** für den letzteren **Herr Dr. med. Friedrich Emil Kohl in Leipzig-Reudnitz** in Pflicht genommen worden ist; und ferner, daß die Stadttheile Leipzig-Gohlis und -Eutritzsch bezüglich der Leichenschau den **„X. Leichenschaubezirk (Leipzig-Gohlis und Eutritzsch)"** bilden und daß als **Leichenschauarzt** für diesen Bezirk **Herr Dr. med. Friedrich Wilhelm Geißler in Leipzig-Gohlis** verpflichtet worden ist.

Die Leichenschauärzte sind, wie hierzu bemerkt wird, bei den in ihren Bezirken vorkommenden Todesfällen dann zuzuziehen, wenn der Verstorbene in seiner letzten Krankheit **nicht ärztlich** behandelt worden, **auch nicht** nach §. 5 der Instruction für die Leichenfrauen vom 20. Juli 1850 **ein anderer Arzt zugezogen gewesen ist.**

Leipzig, den 7. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 47/90. Dr. Georgi.
Dr. Krippendorff, Rfd.

Holz-Auction

auf Zweinaer Staatsforstrevier.
Montag, den 27. Januar dss. Js.,
von Vormittags 10 Uhr an

sollen folgende, in der Harth Abth. Nr. 12a, 14ab, 21d, 24d, 27cgh und 28ao aufbereitete Nutzhölzer, als:

206	Stück fichtene Klötzer	bis 15 cm	Oberstücke, 4 m lang.
34	" "	von 16—22 "	
720	" " Derbstangen	von 8—9 cm Unterst.	7 bis 15 m lang.
1060	" " "	" 10—12 " "	
1240	" " "	" 13—15 " "	
230	" " Reifstangen	" 6—7 " "	6—7 m lang.
25	rm fichtene Brennknüppel,		

(Versammlung am Kaiserwege unweit des Hartschlößchens)
sowie

Dienstag, den 28. Januar dss. Js.,
ebenfalls von Vormittags 10 Uhr an
die ebendaselbst aufbereiteten

890	rm harten	Stöcke,
227	" weichen	

(Versammlung in Abth. 14 auf dem Schlage an der Moorerde)
meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Zahlstelle an beiden Tagen im Gasthof zum **„Bayerischen Hof"** in Boschwitz.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Zweinaer und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 4. Januar 1890.
Lomler. Geißler.

Bekanntmachung.

In der constituirenden Vorstands-Sitzung der unterzeichneten Ortskrankencasse sind gewählt worden:

Vorsitzender: Herr **Albert Brockhaus.**
Stellvertretender Vorsitzender: Herr **Max Stanig.**
Schriftführer: Herr **Albert Falcke.**
Stellvertretender Schriftführer: Herr **Gustav Steinert.**

Das Bureau befindet sich
Leipzig, Weststraße 32, I.
Bevollmächtigter und Bureauvorsteher:
Herr Secretair **Clemens Uhlmann.**

Leipzig, am 7. Januar 1890.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender. 6.

Die Conferenzen über den deutsch-böhmischen Ausgleich.

Die gegenwärtig in Wien unter dem Vorsitz des Grafen Taaffe tagende Versammlung hat zwar die Geheimhaltung ihrer Berathungen beschlossen, aber so viel ist doch davon in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß die Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebniß sich mit jeder Sitzung verringert hat. Die Mitglieder der Conferenz verkehren äußerlich miteinander in der höflichsten Weise; sie speisen häufig zusammen, bald beim Grafen Taaffe, bald beim Kaiser, bald beim Fürsten Lobkowitz; aber daß schon über irgend einen Punct ein Einverständniß erzielt wäre, hat man bisher nicht gehört. Dagegen ist die Unvereinbarkeit des beiderseitigen Standpunctes besonders scharf hervorgetreten in der Schulfrage, und das ist offenbar die Hauptsache, weil die Schule das beste Mittel ist, um die Czechisirung Böhmens fortzusetzen. Bei der Hoftafel, welche der Kaiser den Mitgliedern der Conferenz gab, hat er mit dem Hauptvertreter der Deutschböhmen, von Plener, eine längere Unterredung gehabt und den Schilderungen seines Gastes von der Lage der Deutschen in Böhmen ein aufmerksames Ohr geliehen. Das läßt darauf schließen, daß der Kaiser die böhmischen Angelegenheiten nicht mehr ausschließlich im Sinne des Grafen Taaffe auffaßt, sondern daß er sich über den Stand der Sache auch von der Gegenseite zu unterrichten bemüht ist. Bekanntlich hatte Plener im Reichsrathe sich sehr bitter über die Ausgleichspolitik der Regierung geäußert und ganz unverhüllt den Zerfall und Untergang Oesterreichs vorausgesagt, wenn nicht endlich ein anderer Weg eingeschlagen würde. Die Worte Plener's scheinen an allerhöchster Stelle nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, und diese Wirkung hat vielleicht noch eine Verschärfung erfahren durch den Tod des Fürsten Carlos Auersperg, dessen Name ebenfalls eng verknüpft ist mit den Streitigkeiten zwischen Deutschen und Czechen in Böhmen. Er war von der Regierung zurückgetreten, weil Graf Beust hinter seinem Rücken Verhandlungen mit den Czechen angeknüpft hatte. Die Vorgänge, welche die Ausgleichsverhandlungen begleiten, lassen erkennen, daß die innere Politik Oesterreichs vor einem Wendepuncte steht und daß man sich an maßgebender Stelle bereits die Frage vorgelegt hat, ob der seit dem Jahre 1879 eingeschlagene Weg noch weiter verfolgt werden darf.

Es hat lange gedauert bis dieses vorläufige Ziel erreicht worden ist, aber wenn jetzt mit Ernst und Thatkraft an die Heilung der seit einem Jahrzehnt verursachten Schäden herangetreten wird, so ist es vielleicht noch nicht zu spät, um wieder zu lebensfähigeren Zuständen zu gelangen. Natürlich geht das nicht schnell und scharf, die Ausgleichsconferenz ist überhaupt nicht der Ort, um etwas zu Stande zu bringen, dort kann nur ermittelt werden, ob die Czechen zum Einlenken geneigt sind, oder ob sie hartnäckig an ihren bisherigen Forderungen festhalten. Die czechischen Organe haben ganz richtig hervorgehoben, daß der Landtag die Instanz ist, wo über die inneren Angelegenheiten Böhmens verhandelt werden muß, aber die Conferenz soll den Prüfstein für die Deutschböhmen bilden bei Entscheidung der Frage, ob sie an den Berathungen des Landtages theilnehmen können oder nicht. Beharrt die Mehrzahl desselben auf ihren bisherigen Ansprüchen und ist die Regierung entschlossen, den Wünschen der czechischen Mehrheit zu entsprechen, dann hat die Theilnahme der Deutschböhmen an den Landtagsverhandlungen keinen Zweck. Nur, wenn die czechischen Mitglieder der Conferenz die Verpflichtung übernehmen, ihre Parteigenossen für die deutschen Forderungen zu interessiren und wenn in dieser Beziehung ein Einverständniß zwischen Deutschen und Czechen erzielt wird, hat die fernere Betheiligung der Deutschen an den Arbeiten des Landtages einen Sinn. Vorläufig ist der Erfolg der darauf gerichteten Bemühungen noch sehr zweifelhaft.

Es gehört ein hoher Grad von Selbstverleugnung dazu, daß die Deutschböhmen nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre noch sich bereit finden ließen, die so oft vergeblich vorgebrachten Klagen zu erneuern, ihren Parteigenossen nochmals auseinander zu setzen, welch schmähliches Unrecht den Deutschen in Böhmen in dieser langen Zeit zugefügt worden ist. Die Regierung sieht die Früchte ihrer Thätigkeit vor sich; sie hat nichts erreicht als die Theilnahme der Czechen an den parlamentarischen Arbeiten im Reichsrathe, aber für welche Gegenleistung! Prag, die zweite Stadt Cisleithaniens, ist aus einer deutschen Stadt zu einer czechischen geworden, die Czechen, welche einst als Material für die Germanisirung in Aussicht genommen waren und innerhalb Oesterreichs auch eine andere Zukunft nicht haben können, treten heute mit dem Anspruch auf, eine besondere Nationalität mit allen dazu gehörigen Formen zu bilden, sie phantasiren von einem böhmischen Staatsrecht, von der Krönung des österreichischen Kaisers als König von Böhmen, und sie haben thatsächlich einen Theil ihrer Wünsche erreicht. Sie haben die Entscheidung im Prager Stadtrath, sie haben eine czechische Universität, die böhmischen Schulen sind auf das Wachsthum der czechischen Nationalität auf Kosten der Deutschen zugeschnitten, im Verkehr mit den Behörden ist die Doppelsprachigkeit durchgeführt, es fehlt nur noch, daß als Armeesprache der böhmischen Regimenter die czechische Sprache eingeführt wird, um Böhmen vollständig aus dem cisleithanischen Staatsverbande auszuscheiden und zu einem Sonderstaate zu gestalten.

Die Leiden unserer deutschen Brüder in Böhmen haben bei uns im deutschen Reiche stets das richtige Verständniß gefunden, wir haben ihre Anstrengungen, aus der unhaltbaren Lage herauszukommen, mit größter Sympathie begleitet, aber darüber hinaus ihnen hilfreich zur Seite zu stehen, sind wir nicht in der Lage. Die inneren Angelegenheiten eines Staates entziehen sich der Einwirkung anderer Staaten, und wenn sie ihnen auch vom nationalen Gesichtspuncte aus noch so sehr am Herzen liegen.

Die Deutschen in Böhmen unterliegen den Anordnungen der österreichischen Regierung gerade so wie die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen von dem Willen des Kaisers von Rußland abhängig sind. In Böhmen ist wenigstens Hoffnung vorhanden, daß die Sache der Deutschen nicht von der Gesammtentwickelung zu Boden getreten wird, weil die Deutsch-Oesterreicher doch immerhin noch hinreichenden Einfluß auf die Gestaltung der Schicksale Oesterreichs haben, um einen solchen Verlauf der Entwickelung zu verhindern, in den russischen Ostseeprovinzen besteht eben solche Hoffnung nicht, dort entscheidet der allmächtige Wille des Zaren, und dieser ist auf die Russificirung gerichtet. Es ist wohl der seltsamste Widerspruch, welcher jemals in der Weltgeschichte zur Erscheinung getreten ist, daß ein großes Staatswesen sich gegen die naturgemäße Entwickelung sträubt, welche ihm durch den Lauf der Geschichte selbst vorgezeichnet ist. In Oesterreich ist thatsächlich der deutsche Stamm der herrschende und maßgebende, und trotzdem bemüht sich die Regierung seit mehr als einem Jahrzehnt, den Einfluß der deutschen Nationalität auf die slawischen Völkerschaften im Lande schrittweise zu untergraben.

Leipzig, 11. Januar.

* **Der Berliner Stadtverordneten-Versammlung** ist auf deren Glückwunsch-Adresse anläßlich des Jahreswechsels von Sr. Majestät dem **Kaiser** nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zugegangen:

„Beim Eintritt in ein neues Jahr haben Mir die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin herzliche Glückwünsche dargebracht. Mit besonderem Wohlgefallen habe Ich dieselben, sowie den erneuten Ausdruck der Treue und Ergebenheit entgegengenommen und spreche Ich Ihnen hierfür Meinen aufrichtigen Dank aus. An der gedeihlichen Entwickelung Berlins und dem Wohlergehen seiner treuen Bürgerschaft nehme Ich allezeit den innigsten Antheil.

Berlin, den 6. Januar 1890.

gez. **Wilhelm R.**

An die Stadtverordneten zu Berlin."

* Die von uns einem rheinischen Blatte entnommene Mittheilung, daß der **Kaiser** am Neujahrstage im Lichthofe des Zeughauses bei Gelegenheit der Parolausgabe eine **Ansprache** an die **Officiere** gehalten habe, ist, wie eine Erklärung der Commandantur besagt, **erfunden.**

* **Dem Vernehmen nach beschäftigen sich die Regierungen der Bundesstaaten** schon seit längerer Zeit und noch gegenwärtig mit der Frage der Einführung der zwangsweisen, für die Zulassung zum Gewerbebetriebe maßgebenden **Prüfung der Seelente auf Farbenblindheit.** Die Regierungen sind in ihrer Mehrheit für diese Einführung und dürfte es sich nunmehr nur noch darum handeln, ob die Zwangsprüfung auf die Schiffsofficiere zu beschränken oder aber auf sämmtliche Seeleute auszudehnen sei. Ueber diese letztere Frage sind Gutachten eingefordert worden. Es dürften danach schon in nächster Zeit Maßnahmen der betreffenden Regierungen auf diesem Gebiete zu erwarten sein.

* Nachdem Mittwoch Nachmittag unter Vorsitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten von Maybach eine **Sitzung** des **preußischen Staatsministeriums** stattgefunden hatte, trat das letztere am Donnerstag abermals unter Vorsitz des aus Friedrichsruh inzwischen zurückgekehrten Vicepräsidenten des Staatsministeriums Staatsministers von Bötticher zu einer Berathung zusammen.

* Die Mittheilung einiger Blätter, nach welcher der neuernannte Oberbaudirector **Endell** an die Spitze der **preußischen Bauverwaltung** berufen sein soll, entbehrt in dieser Form der Begründung. Die Bauverwaltung ressortirt, soweit nicht einzelne Theile derselben abgezweigt sind, von der Bauabtheilung (III) des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Diese leitet als Director der Ministerialdirector **Schultz,** wie denn mit einigen Ausnahmen — Ministerialdirectoren **Schneider** und **Weißhaupt** — diese Abtheilung in der Regel nicht von einem Techniker, sondern von einem Verwaltungsbeamten geleitet worden ist. In der Bauabtheilung des Ministeriums fungiren außerdem zwei Ober-Baudirectoren, der eine für **Hochbau,** der andere für Ingenieurwesen, deren Function im Staatshaushaltsetat als „ständige Correferenten in bautechnischen Angelegenheiten" bezeichnet ist. Sie sitzen den technischen Conferenzen des betreffenden Zweiges des Bauwesens vor. Als Oberbaudirector für das Ingenieurwesen fungirt seit einer Reihe von Jahren Herr **Wiebe;** jetzt war die Stelle des Oberbaudirectors für das Hochbauwesen zu besetzen. In diese ist Herr Oberbaudirector **Endell** berufen. Jene Eingangs erwähnte Mittheilung stellt darnach den Sachverhalt nicht correct dar.

* Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" schreibt:

Mehrfach sind junge Leute, insbesondere **Abiturienten von Realgymnasien,** welche bereits in das akademische Studium eingetreten waren und sich daher der Freiheit des akademischen Lebens erfreut hatten, unter dem Nachweis einer Entbindung von der Annahme von Universitätsvorlesungen als Gymnasiasten, beziehungsweise Hospitanten des in einer Universitätsstadt bestehenden Gymnasiums aufgenommen worden. Derartige Vorgänge erwecken ernste Bedenken. Wer bereits einer Lebensstellung angehört hat, welche über die nothwendig enge Zucht der Schule hinausversetzt, ist zum Classenbesuch in höheren Lehranstalten im Allgemeinen nicht mehr geeignet. Ausnahmen von dieser Regel im Falle eines besonders gerechtfertigten Vertrauens zu der Persönlichkeit eines Ausnahme nachsuchenden jungen Mannes können nur unter vorgängiger ausdrücklicher Genehmigung des betreffenden Provinzial-Schulcollegiums stattfinden. Hiernach haben sich in Gemäßheit eines Erlasses des Cultusministers die Directoren der höheren Lehranstalten mit der Maßgabe zu richten, daß junge Leute, welche bereits Studenten gewesen sind, zum Eintritt in die höheren Schulen von Universitätsstädten überhaupt nicht zugelassen werden sollen.

* * *

* **In Athen** amtlich von **Kreta** eingegangene Berichte, welche jedoch mit großer Reserve aufgenommen werden müssen, schildern die Zustände auf der Insel als entsetzlich. Es werden noch immer Verhaftungen vorgenommen und die Leute können kein Recht in irgend einer Weise erhalten. Noch weitere Dörfer sind von den Einwohnern verlassen worden, welche in den Bergen herumirren, um den Ausschreitungen der Soldateska zu entgehen. Felder und Weingärten bleiben in Folge dessen unbebaut. Einige ausländische Consuln berichten, daß das Elend auf Kreta niemals so groß gewesen ist, als gegenwärtig. Eine Anzahl armer Familien, welche nahe am Verhungern waren und nicht wußten, wie sie aus dem Elend herauskommen sollten, ist ausgewandert.

* Unsere Nachbarn in **Holland** regen sich wieder einmal ganz unnöthig auf; wie immer ist es „**Deutschland vor den Thoren**", was unsere Freunde dorten nicht schlafen läßt, wenngleich die friedliche und loyale Haltung Deutschlands dergleichen thörichte Besorgnisse ausschließen sollte. Vor Kurzem meldete ein „Wolff'sches" Telegramm in der deutschen Presse aus dem **Haag,** der holländische Kriegsminister habe auf eine Anfrage, betreffend die **Broschüre** eines gewissen **Tindal,** in den Generalstaaten beruhigende Erklärungen abgegeben. Ueber den Inhalt dieser Broschüre selbst wurde nichts Näheres mitgetheilt. Ueber den Inhalt der Tindal'schen Schrift verlautet nun das Folgende:

Die Schrift sucht nachzuweisen, **daß Holland jederzeit einem Handstreiche (coup de main) von seiten Preußens preisgegeben sei.** Tindal stellt seine Behauptungen in einer Weise auf, welche sie sehr glaubwürdig erscheinen lassen. Er legt mit Zahlen und sonstigen leichter controlirbaren Angaben dar, daß die holländische Mobilmachung mindestens 5—6 Tage Zeit bedürfe, während Deutschland im Stande sei, in den ersten 24 Stunden nach der Kriegserklärung sämmtliche Provinzen mit Ausnahme von Nord- und Süd-Holland und Seeland zu besetzen. Tindal rechnet dabei natürlich mit den benachbarten starken preußischen Garnisonen (Münster, Wesel, Düsseldorf 2c.), erzielt aber durch die Angabe der einzelnen Truppentheile und ihrer Stärke, welche sogleich stets an der Grenze marschbereit stehen, den festen Eindruck der Ueberzeugung, so daß man sich über die durch seine Broschüre hervorgerufene Aufregung gar nicht zu verwundern braucht. Tindal spricht höchst respectlos von der heimatlichen Wehrfähigkeit. Große Stücke hält man bekanntlich im In- und Auslande z. B. auf die sogenannten Wasserlinien, d. h. die Abschneidung des Landes zu Vertheidigungszwecken durch Canäle zur künstlichen Ueberschwemmung. Tindal meint, die letztere würde mindestens 1 × 24 Stunden, wenn nicht vielleicht mindestens 6 × 24 Stunden in Anspruch nehmen, eine Zeit also, während welcher sich der Feind des Landes kaum bemächtigt hätte. Wir geben nachstehend eine Probe der Tindal'schen Ausführungen: „3½ Stunden nach Absendung des deutschen Ultimatums können 2400 Mann der deutschen Armee, nämlich das 3. Bataillon des 78. Infanterie-Regiments und das 3. Bataillon des 91. Infanterie-Regiments an der Grenze bei Nieuweschans stehen; 4 Stunden nach der Absendung befinden sich überdies an der Grenze das 19. Dragoner-Regiment und 4 Feldbatterien. 10 Stunden nach dem Ultimatum stehen die deutschen Truppen in der Stadt Groningen. 11 Stunden nach der Kriegserklärung würde Hüpkens durch ein deutsches Corps von 12 000 Mann besetzt sein. Von diesem Corps werden Detachements Deventer und in 28 Stunden auch Amersfoort erreichen. Also schon vor der Marschbereitschaft der holländischen Armee zieht das deutsche Heer durch die berühmte neue holländische Wasserlinie! Bevor die Artillerie zu Arnhem fertiggestellt ist, stehen die deutschen Truppen dort ein. 24 Stunden nach Ablauf des Ultimatums ist Utrecht besetzt. Nymegen, Herzogenbusch folgen rasch nacheinander. Was sollen die dortigen Garnisonen gegen den gehörig stärkeren Feind? Was Roermond betrifft, so ist es zu hoffen, daß die dort liegenden Batterien die Festung noch vor dem Einmarsche der Deutschen verlassen können. Nach Maastricht wird ohne Weiteres preisgegeben werden müssen." Die holländische Mobilmachung wäre dadurch auch factisch unmöglich gemacht. Tindal ist immerhin der Meinung, daß von Seiten Deutschlands gegen Holland eigentlich böse Absichten nicht beständen. Deutschland könne aber den Vortheil seiner früheren Marschbereitschaft nicht an der zu stark befestigten Ostgrenze, sondern nur an der offenen Nordgrenze Frankreichs ausnützen, jede sich alle im eigensten Interesse zur Verletzung der holländischen und belgischen Neutralität ermannen, weil ihm sonst zu wenig strategische Eisenbahnlinien zur Verfügung ständen. Deutschland werde daher die Benutzung der holländisch-belgischen Eisenbahnlinien nach Frankreich beanspruchen und dieselben sich möglicherweise mit Gewalt sichern. Tindal wettet, dagegen sei nichts zu machen. Im Kriege gehe „Gewalt vor Recht", da sei sich jeder selbst der Nächste. Die holländische Regierung habe seit sechs Jahren 310 Mill. Gulden zu Landesvertheidigungszwecken geopfert, ohne jeden thatsächlichen Erfolg. Er begnügt sich, wie gesagt, nicht nur mit diesen bloßen Behauptungen, sondern belegt sie mit ganz eingehenden Zahlen, Berechnungen und Angaben, welche besonders für den holländischen Mobilmachungsplan geradezu vernichtend scheinen. Kein Wunder, die allgemeine Aufregung hat durch die Einzüge ernsthafter Erklärung des Kriegsministers in den Generalstaaten ihren Abschluß noch keineswegs gefunden. Man sieht die preußischen Pickelhauben schon vor den Thoren Amsterdams. Daß aber Tindal mit seinen Ansichten auch nicht ganz allein steht, ergiebt sich aus der illustrirten Beilage eines Amsterdamer Blattes. Das ziemlich umfangreiche Bild, welches uns vorliegt und im vorigen Frühjahr schon erschien, zeigt eben die Büste des (holländischen) Kriegsministers. Darunter befindet sich eine Ueberschwemmungsidylle, welche von zwei jungen Milizsoldaten (in Holzschuhen und Mützen) eben aufgedreht werden soll, da der Krieg erklärt ist. Plötzlich fühlen die zu jeder Seite eifrig Aufforchenden einen Schlag auf der Schulter. Sie sehen sich erschreckt um: hinter dem einen steht ein leibhaftiger preußischer Ulan und hinter dem andern ein strammer dänischer Landwehrmann. Innerhalb des Inundationscanals (Wasserlinie) erheben sich schon zwei preußische Schanzen mit Krupp'schen Geschützen nach allen vier Seiten. Unter dem ergötzlichen Bilde stehen die Worte: „Broderberg! Laat de sluis maar dicht! (Laßt die Schleuse nur zu!) Wir sind schon drinnen!"

* Laut Meldung des „Reuter'schen Bureaus" ist, wie wir wiederholen, die **Antwort Portugals** auf die letzte Note des Lord Salisbury am Donnerstag Vormittag abgegangen und sollte noch denselben Abend Salisbury in Hatfield überreicht werden. In Lissabon, heißt es, hege man die Hoffnung, daß die in der Antwort enthaltenen Versicherungen England zufrieden stellen.

* Der „Capitano Fracassa" hebt die freundliche Haltung Englands in der Frage der Anerkennung des zwischen Italien und Abessinien abgeschlossenen Vertrages hervor, womit vollständig alle Gerüchte von dem Vorhandensein eines englisch-italienischen Conflictes widerlegt seien.

* Nach den Mittheilungen des anglikanischen Bischofs von **Jerusalem,** Dr. **Blyth,** kann, der „Kreuzzeitung" zufolge, ein Zweifel darüber, daß die **abendländische Judenschaft** die Besitznahme des gelobten Landes energisch in Aussicht genommen hat, den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gegenüber, nicht mehr obwalten. Als im Jahre 1841 das anglikanische **Bisthum** Jerusalem gegründet wurde, zählte Palästina im Ganzen 8000 Juden, 1883 waren es 20 000 und in den letzten fünf Jahren sind im Jahresdurchschnitt je 10 000 eingewandert, so daß Ende 1888 dieselbe Zahl erreicht war, welche vor mehr als 2000 Jahren die Rückwanderung aus Babylon aufwies (70 000). Der Bischof bemerkt, „daß ein Geist der Verträglichkeit den Landesbewohnern, auch den christlichen gegenüber, unter diesen Juden sich geltend mache, und die immer stärker hervortretenden Bemühungen um **Fruchtbarmachung** des Landes insofern von Erfolg begleitet worden seien, als die aus der H. Schrift bekannten fruchtbaren „Spätregen" während der letzten zwei Jahre wiederholt eingetreten seien. Diese ersten Erfolge aber würden zweifellos auf die Einwanderung einwirken."